



PARTNERSCHAFTSFONDS IN DEN NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN PARTNERSCHAFTEN STÄRKEN BILATERALE BEZIEHUNGEN



Die im Rahmen des Schweizer Erweiterungsbeitrags eingerichteten Partnerschaftsfonds dienen dem Erfahrungsaustausch von Institutionen in den neuen EU-Mitgliedstaaten mit Schweizer Partnern – beispielsweise in den Bereichen Langsamverkehr, pädagogische Ausbildung und Biodiversität. Der Schweizer Beitrag an die Partnerschaftsfonds zur Finanzierung von Kleinprojekten beläuft sich auf rund 23 Millionen Franken.

Der schweizerische Wissensstand in Bereichen wie Umweltschutz und Forschung, aber auch in weiteren Themengebieten, ist sehr ausgeprägt. Aufgrund meist historisch bedingter, fehlender Erfahrung in den unterschiedlichsten Bereichen der Partnerländer können Schweizer Organisationen somit viel zum aktiven Wissensaustausch beitragen. Insgesamt sind Partnerschaftsfonds im Umfang von 23,3 Millionen Franken eingerichtet oder vorgesehen.

ERFAHRUNGSUSTAUSCH ALS ZENTRALE AKTIVITÄT

Durch die Partnerschaftsfonds in Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien

sowie Ungarn werden somit institutionelle Partnerschaften zwischen der Schweiz und den betreffenden Ländern unterstützt und ausgebaut. Im Zentrum dieser Partnerschaften steht ein Erfahrungsaustausch auf dem entsprechenden Fachgebiet. Dadurch können Institutionen und Behörden in den neuen EU-Mitgliedstaaten vom fundierten Schweizer Fachwissen profitieren. Dies liegt auch im Sinne der Schweiz.

Durch die Partnerschaftsfonds unterstützt die Schweiz um die 150 Kleinprojekte, welche konkrete Probleme in den Partnerländern lösen helfen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern werden. Als Partner zugelassen sind dabei in den Partnerländern wie auch der Schweiz nur Organisationen, die keinen kommerziellen Nutzen an der Projektbeteiligung verfolgen, wie zum Beispiel Stiftungen oder Vereine. Ausserdem stehen diese Fonds auch Behörden wie einer Gemeinde oder einer kantonalen Verwaltungseinheit offen. Auch Gewerkschaften sind zu einer Partnerschaft zugelassen. Das klassische Beispiel einer Partnerschaft stellt die Städtepartnerschaft dar.

ERSTE PARTNERSCHAFTSPROJEKTE BEREITS UMGESETZT

Die Umsetzung der Partnerschaftsfonds wird in sämtlichen Ländern spätestens Ende 2012 beginnen. In Ungarn, Tschechien sowie Slowenien konnten bereits Projekte eingereicht werden. Entsprechend sind in diesen beiden Ländern erste Resultate aus Partnerschaften sichtbar. So konnte mithilfe Schweizer Fachwissen beispielsweise in Tschechien ein Projekt zur Förderung des Langsamverkehrs durchgeführt werden. Ein weiteres Projekt befasste sich mit dem Einbezug der Rechte der Kinder in der pädagogischen Ausbildung. Im Rahmen des slowenischen Partnerschaftsfonds wurde ein gemeinsames Forschungsprojekt zum Erhalt der Biodiversität umgesetzt.

In Polen wird der Fokus auf Städte- und Gemeindepartnerschaften gelegt. So können polnische Städte und Gemeinden sich beispielsweise in Bereichen wie Raumplanung oder öffentlicher Verkehr mit Schweizer Behörden austauschen.



ZUSAMMENARBEIT BRINGT GEGENSEITIGE VORTEILE

Auch die Schweiz erweitert durch den Aufbau und den längerfristigen Erhalt von Partnerschaften zwischen öffentlichen Behörden und Institutionen ihren Wissenshorizont auf verschiedenen Ebenen und kann vom gegenseitigen Erfahrungsaustausch profitieren. Durch die Partnerschaftsprojekte erhalten Schweizer Partner eine aktive Rolle beim Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den neuen Mitgliedstaaten und der EU.

Projekte werden bei der nationalen Institution eingereicht, die mit der Verwaltung des Fonds beauftragt worden ist. Ein breit abgestütztes Auswahlkomitee vor Ort, in welchem auch die Schweiz vertreten ist, entscheidet über die Finanzierung der Projekte.

Durch die Partnerschaftsfonds im Rahmen des Schweizer Erweiterungsbeitrags:

- werden um die 150 Partnerschaftsprojekte mitfinanziert.
- werden institutionelle Partnerschaften zwischen öffentlichen Körperschaften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz geschaffen und gefördert.
- wird ein Austausch von Fachwissen zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz mit gegenseitigem Nutzen stattfinden.

DAS PROJEKT IN KÜRZE

THEMA

Unterstützung der Zivilgesellschaft

LÄNDER

Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

PARTNER

Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie öffentliche Körperschaften

AUSGANGSLAGE / HINTERGRUNDINFORMATION

Historisch bedingt verfügen Institutionen, Organisationen und öffentliche Körperschaften in den neuen EU-Mitgliedstaaten in vielen Fachgebieten noch nicht über ein ausgeprägtes Fachwissen. Mit Hilfe von Schweizer Fachwissen können diese Erfahrungs- und Wissenslücken auf den entsprechenden Fachgebieten verringert werden.

ZWECK

- Ausbau bestehender und Förderung neuer institutioneller Partnerschaften zwischen Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und öffentlichen Behörden aus den Partnerländern und der Schweiz.
- Umsetzung von Partnerschaftsprojekten, die aktiv zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Einwohner beitragen werden, auch dank Schweizer Fachwissen.

AKTIVITÄTEN

- Auswahl und Umsetzung von rund 150 Partnerschaftsprojekten
- Transfer von Schweizer Fachwissen
- Auf- und Ausbau institutioneller Partnerschaften
- Lernbesuche beim Projektpartner
- Gegenseitige Evaluationen und Verfassen von Erfahrungsberichten
- Aufbau langfristiger internationaler Beziehungen auf dem Fachgebiet

ZIELGRUPPEN

Nichtregierungsorganisationen und öffentliche Körperschaften in den entsprechenden Partnerländern und der Schweiz

KOSTEN

Gesamtprojektbudget (entspricht der Höhe des Schweizer Beitrags):

23,3 Mio. CHF

Fondshöhe nach Ländern:

Bulgarien: 2,2 Mio. CHF

Polen: 3,4 Mio. CHF

Rumänien: 5 Mio. CHF

Slowakei: 2,5 Mio. CHF

Slowenien: 1,1 Mio. CHF

Tschechien: 5,1 Mio. CHF

Ungarn: 4 Mio. CHF

VERANTWORTUNG FÜR DIE PROJEKTUMSETZUNG

Institutionen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit einem Schweizer Partner

DAUER

2009 – 2015

je nach Land unterschiedliche Laufzeiten